

# Sportanlagenkonzept soll Klarheit schaffen

Arbeitsgruppe empfiehlt ein Papier, dessen Wirkung alle vier Jahre evaluiert wird, mit objektiven Kriterien und Fokus auf den Spitzensport.

Gary Kaufmann

Vor allem in zwei Bereichen hat das Sportmonitoring 2021 einen Handlungsbedarf in Liechtenstein festgestellt. Erstens: Die Bevölkerung, insbesondere die Jugend, macht immer weniger Sport – dagegen soll ein neues Bewegungskonzept helfen. Zweitens: Die Sportinfrastruktur hierzulande stösst an ihre Kapazitätsgrenzen und reicht insbesondere für den Leistungssport nicht mehr aus – hier soll ebenfalls mit einem Grundsatzdokument, welches sowohl die Zuständigkeiten als auch Methoden zur Überprüfung des Bedarfs präzisiert, Abhilfe geschaffen werden.

«Wir brauchen ein Sportanlagenkonzept, um die ganze Diskussion zu versachlichen. Damit für alle Beteiligten nachvollziehbar ist, nach welchem Ablauf und anhand welcher Kriterien die Regierung entscheidet, ob ein Sportinfrastrukturprojekt von landesweiter Bedeutung ist und wie es unterstützt werden sollte», führt Hans Lichtsteiner, Sportrat und Prozessbegleiter, aus. Zu solchen Kriterien, welche in die Bewertungsmatrix einfließen, gehören der Bedarfsnachweis, die Bedeutung der Sportart und ihr Potenzial. Alle vier Jahre sollen die Schwerpunkte des Sportanlagenkonzepts überprüft und aktualisiert werden,



Regierungsrätin Dominique Hasler und Hans Lichtsteiner, Sportrat und Prozessbegleiter, präsentierten gestern die Empfehlungen zum Bewegungskonzept und in Sachen Sportinfrastruktur. Bild: IKR

um einen gewissen Planungshorizont zu gewährleisten.

## Künftig wird Sanierung von Sportstätten auch gefördert

Was sich dadurch konkret ändern wird? Als eine wesentliche Massnahme hebt Lichtsteiner eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen bei der

Subventionierung von Sportanlagen durch das Land hervor. Bisher sind von Gesetzes wegen her nur Investitionen in neue Bauprojekte vorgesehen. Künftig sollen auch Erneuerungs- und Unterhaltsarbeiten an bestehenden Anlagen unterstützt werden können, sofern diese den Spitzensport betreffen.

Auch der Zugang zu Projektbeiträgen soll erleichtert werden.

Wohl die sichtbarste und eine der kostenintensivsten Empfehlungen ist der Sportcampus, welcher im Gebiet Mühleholz realisiert werden soll. Dort soll ein zentraler Treffpunkt für mehrere Sportarten, auf dem auch internatio-

## Arbeitsgruppen geben 14 Empfehlungen ab

Folgende Massnahmen haben die Arbeitsgruppen der Regierung empfohlen. Diese möchte alle davon umsetzen.

### Sport- und Bewegungskonzept

- Einsetzung von Sport- und Bewegungskoordinatoren
- Stärkung des Bereichs «Gesundheitsförderung und Prävention» beim Amt für Gesundheit
- Stärkung des freiwilligen Schulsports
- Attraktive Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt
- Schaffung konzeptioneller Grundlagen für die Inklusion im Sport
- Verbesserung der Fahrradinfrastruktur des Landes
- Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen

- Systematische Weiterentwicklung des Leistungssports

### Sportinfrastruktur

- Schaffung eines Konzepts für Sportanlagen
- Definition bestehender Sportstätten für den Leistungs- und Spitzensport
- Vorgehen bezüglich Nutzung bestehender Sportinfrastruktur durch Spitzensport klarer definieren.
- Schaffung eines Sportcampus' im Bereich Mühleholz
- Bau einer Dreifachturnhalle für den Spitzensport und eines 50-Meter-Beckens bzw. Schwimmbads prüfen.
- Rechtliche Rahmenbedingungen für Erneuerungs- und Unterhaltsarbeiten von Sportanlagen anpassen und die Subvention von künftigen Projekten erleichtern.

nale Wettkämpfe ausgetragen werden können, entstehen. Bedarf sieht die Arbeitsgruppe aktuell für zwei neue Sportstätten: eine Dreifachturnhalle und ein 50-Meter-Schwimmbecken, wobei für die Wasserfläche die Art der Überdachung (temporär oder fixe Halle) noch nicht definiert ist. Darauf angespro-

chen, dass in der Nähe beim Schulzentrum Mühleholz schon zwei Dreifachturnhallen stehen, antwortet Sportrat Hans Lichtsteiner, dass die geplante Fläche hauptsächlich für den Spitzensport vorgesehen ist, und ergänzt: «Gerade in der Wintersaison fehlt es an verfügbaren Hallen.»

# Koalition Energiezukunft kämpft für doppeltes Ja am 21. Januar

Zehn Nichtregierungsorganisationen wollen aufzeigen, dass Photovoltaikpflicht und energetische Gebäudevorschriften alternativlos sind.

«Man darf nicht zulassen, dass ein paar Neinsager die Zukunft unseres Landes aufs Spiel setzen», sagte Daniel Gstöhl, Präsident der Solargenossenschaft. Deshalb haben sich zehn Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zur Koalition Energiezukunft zusammengeschlossen. Sie bilden das Ja-Komitee für die Volksabstimmung am 21. Januar 2024. Dann wird Liechtenstein entscheiden, ob eine Photovoltaikpflicht auf Dächern eingeführt wird und die energetischen Gebäudevorschriften verschärft werden sollen, um das Ende von Öl- und Gasheizungen voranzutreiben. Der Landtag hat beide Energievorlagen im September gutgeheissen. Eine Gruppe um den ehemaligen FPB-Politiker Alexander Batliner ergriff jedoch das Referendum.

## Nachholen, was bislang verpasst wurde

Für die Koalition Energiezukunft ist eine Zustimmung zu den Energievorlagen hingegen alternativlos. Liechtenstein werde damit keine Vorreiterrolle im Klimaschutz einnehmen, sondern nachholen, was bislang verpasst wurde. Einerseits seien die energetischen Gebäudevorschriften, die Liechtenstein einführen will, bereits in 22 Schweizer Kantonen Realität. Somit gehe es auch darum, das einhei-



Daniel Gstöhl (Solargenossenschaft), Julia Frommelt (Jugend Energy), Ruth Ospelt-Niepelt (SDG Allianz), Michael Meier (Rheintalgas), Josef Biedermann (BZG), Elias Kindle (LGU), Sigi Langenbahn (LANV), Rudolf Batliner (Tellerrand), Georg Sele (VCL, v. l.). Bild: Daniel Schwendener

mische Gewerbe zu stärken, denn Planen und Bauen seien damit in Liechtenstein und der Schweiz weiterhin gleich geregelt.

Andererseits werde die vorgesehene PV-Pflicht die Eigenversorgung und die Energieunabhängigkeit Liechtensteins stärken. Sigi Langenbahn, Präsident der Gewerkschaft LANV, spricht dabei von Chancen für

den Werkplatz Liechtenstein. Im Zuge der Energiewende würden neue Arbeitsplätze geschaffen.

## Grosses Anliegen der jüngeren Generation

Angesprochen auf den grassierenden Fachkräftemangel, sagte Julia Frommelt von Jugend Energy, dass viele junge Menschen sich für Berufe im

Bereich Solartechnik interessieren würden. Dies habe sie in der Zusammenarbeit mit Jugendlichen festgestellt. Die Einführung der PV-Pflicht werde auch das Wachstum der Branche beschleunigen, da Unternehmer verlässlich mit einer gewissen Nachfrage planen könnten.

Jugend Energy positioniere sich normalerweise nicht politisch, sagte Frommelt. Die kli-

mapolitischen Gesetzesvorlagen bilden also eine Ausnahme. «Wir arbeiten mit 14- bis 16-jährigen, da spielt Politik noch keine grosse Rolle. In diesem Fall sieht es anders aus, weil es um ihre Zukunft geht. Es ist der jungen Generation ein grosses Anliegen, dass hier endlich etwas vorwärtsgeht», so Frommelt.

Neben der Bekämpfung des Klimawandels ist der Koalition

insbesondere die Unabhängigkeit in der Energieversorgung ein grosses Anliegen. Durch den Import fossiler Energieträger mache sich Liechtenstein nicht nur abhängig vom Ausland, sondern finanziere in erster Linie diktatorische Staaten, die Krieg und Terrorismus in die Welt bringen.

## Faktencheck gegen «unwahre Behauptungen»

In den kommenden Wochen will die Koalition aufzeigen, dass alle von den Energievorlagen profitieren würden. Mittelfristig rechne sich die Investition in die Energieeffizienz finanziell klar. Durch die im Gesetz vorgesehenen Förderungen und zinslosen Darlehen nehme der Staat den Menschen zudem einen wesentlichen Teil des Investitionslast ab. Als grosse Herausforderung sieht es die Koalition, junge Stimmbürgerinnen für den Urnengang zu mobilisieren. Darauf soll ihre Kampagne daher gezielt ausgerichtet sein. Zudem gelte es «unwahren Behauptungen», die das Referendumskomitee verbreite, entgegenzutreten. Hierzu hat die Koalition die Website energiezukunft.li aufgeschaltet. Diverse Aussagen zu den Gesetzesvorlagen werden dort einem Faktencheck unterzogen.

David Sele